

## **Antrag**

**der Abgeordneten Rainer Steenblock, Hans-Josef Fell, Sylvia Kotting-Uhl, Nicole Maisch, Marieluise Beck (Bremen), Undine Kurth (Quedlinburg), Dr. Harald Terpe und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

### **Den Ostseeraum zur Modellregion für regionale Kooperationen ausbauen und den Baltic Sea Action Plan zum Baustein einer Europäischen Meerespolitik weiterentwickeln**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Meere bedecken rund 70 Prozent der Erdoberfläche. Sie verbinden Menschen über die Grenzen von Nationalstaaten hinaus. Gesunde Meere und Ozeane beherbergen einen enormen Reichtum an Meeresorganismen. Diese Artenvielfalt und die vielfältigen Lebensräume sind für unser soziales und wirtschaftliches Wohlergehen sowie unsere Lebensqualität von großer Bedeutung. In ihrer Funktion als globale, lebenserhaltende Systeme für die Regulierung des Klimas und von Wettersystemen sind sie für uns überlebenswichtig. Die Notwendigkeit einer intakten Meeresumwelt darf nicht nur mit einer rein ökonomischen Sichtweise begründet werden, die auf die Optimierung der wirtschaftlichen Nutzbarkeit der Meere abzielt. Meeresökosysteme besitzen einen schutzwürdigen Eigenwert „an sich“. Sie sind außerdem Transportweg, Nahrungsquelle, Handelsroute, Erholungs- und Tourismusgebiet. Die Meere zu schützen, muss ein vitales Interesse der Halbinsel EU sein, die von Nord- und Ostsee, Atlantik, Mittelmeer und – seit dem Beitritt Rumäniens und Bulgariens im Januar dieses Jahres – auch vom Schwarzen Meer umgeben ist. Die EU steht in der Verantwortung, für den guten ökologischen Zustand dieser Meere Sorge zu tragen. Dies bedeutet, das maritime Erbe zu erhalten. Dieses Interesse erstreckt sich auf die direkt an die EU grenzenden Meere sowie auf assoziierte Regionen.

Meere und Ozeane sind einer zunehmend hohen Belastung durch menschliche Aktivitäten ausgesetzt; teilweise in einem Ausmaß, das ihren Aufbau und ihre Funktion akut gefährdet. Zum Beispiel durch Überfischung und illegale Fischerei, zunehmende Verschmutzung durch Schiffsverkehr und Einträge aus der Landwirtschaft, Munitionsaltlasten auf dem Grund von Nord- und Ostsee, unsicheren Schiffsverkehr, Unterwasserlärm und vieles mehr. Einige der Folgen sind schlechte Wasserqualität, schwindende Artenvielfalt und gefährdete Lebensräume. Diese Folgen bedrohen auch die Existenzgrundlagen der Fischer. Die Ostsee leidet in besonderem Maß an Überfischung und Überdüngung: rund 75 Prozent der Stickstoff- und mindestens 95 Prozent der Phosphoreinträge gelangen über Flüsse in die Ostsee. Der Bestand des Ostseedorsches ist akut gefährdet, warnt inzwischen auch die Europäische Kommission.

### Initiativen der EU

Wer die Meere nutzen will, muss sie auch schützen. Ansatz für einen umfassenden und nachhaltigen Meeresschutz muss eine integrierte, umfassende und nachhaltige Europäische Meerespolitik sein, die alle die Meere betreffenden Politikbereiche einbezieht. Der Bundestag begrüßt daher die Initiative der EU-Kommission, eine integrierte Europäische Meerespolitik auf den Weg zu bringen, die auf eine nachhaltige Nutzung der Meere und ihren umfassenden Schutz abzielt. Mit dem Blaubuch „Eine integrierte Meerespolitik für die Europäische Union“ hat die Kommission das Folgedokument zum Grünbuch EU-Meerespolitik (auf ein Grünbuch folgt normalerweise ein Weißbuch, das in diesem Fall in Anlehnung an das Thema Meere den Namen „Blaubuch“ trägt) vorgelegt. Leider bleibt die Kommission in entscheidenden Punkten hinter ihrem eigenen Anspruch zurück: die Forderungen sind unverbindlich, die Ziele vage, die Verantwortung für die Umsetzung bleibt in den Händen der Mitgliedstaaten. Darüber hinaus werden nur wenige konkrete Maßnahmen und Instrumente benannt, verbindliche und überprüfbare Ziele und Zeitpläne fehlen. Die Vorschläge für ein nachhaltiges Fischereimanagement bleiben unzureichend, die Gemeinsame Europäische Agrarpolitik wird im Blaubuch weitgehend ausgeklammert. Die Hoffnungen auf nachhaltige und umfassende Meeresschutzmaßnahmen liegen nun auf der Meeresstrategie-Richtlinie, die Anfang des Jahres 2008 im Europäischen Parlament verabschiedet werden soll. Doch voraussichtlich wird auch die Meeresstrategie-Richtlinie die Gemeinsame Agrarpolitik und die Gemeinsame Fischereipolitik weitgehend unberücksichtigt lassen. Diese Lücke zu schließen, muss eine der wichtigsten Aufgaben eines nachhaltigen Europäischen Meeresschutzes sein.

### Regionale Kooperation für mehr Meeresschutz

Schädliche Einträge aus der Landwirtschaft, Überfischung und illegale Fischerei, Meeresverschmutzung und Unterwasserlärm machen vor nationalstaatlichen Grenzen nicht Halt. Belastungs- und Verschmutzungsgrade der Meere sind unterschiedlich, ebenso deren Ursachen. Daher müssen Standards und Maßnahmen auf die unterschiedlichen Regionen zugeschnitten sein. Kooperative Ansätze sind gefordert, um einen grenzüberschreitenden nachhaltigen Meeresschutz umzusetzen, schädliche Einleitungen aus der Landwirtschaft zu vermindern und gemeinsame Standards für einen sicheren Schiffsverkehr zu entwickeln. Leider hat die Europäische Kommission die Chance bisher nicht genutzt, konkrete Empfehlungen für regionale Kooperationen in ihre Vorschläge zur EU-Meerespolitik aufzunehmen. Dabei liegen Pläne für regionalen Meeresschutz vor: für die Nordsee haben z. B. die Internationale Nordseeschutzkonferenz (INK) und die OSPAR-Kommission (OSPAR, Oslo-Paris-Abkommen) umfassende Vorschläge erarbeitet, wie ein ökosystemorientiertes Fischereimanagement und eine ökologisch nachhaltige Schifffahrt gestaltet werden können.

### Beispiel – Die Ostsee

Die Ostsee ist von Überfischung, Einleitungen aus der Landwirtschaft und zunehmendem Schiffsverkehr besonders stark betroffen. Der wachsende Schiffsverkehr erhöht das Risiko von Unfällen auf See. Zusätzliche Risiken sind Munitionslasten aus dem Zweiten Weltkrieg und unzureichend gesicherte Tankschiffe. So genannte Einhüllentanker – Öltanker, die nur mit einer Schutzhülle ummantelt sind, statt „Doppelhüllentanker“ mit einer zweifachen Ummantelung – dürfen die meisten EU-Häfen zwar nicht mehr anlaufen. Doch noch immer transportieren Einhüllentanker Öl auch durch die Kadettrinne, eine extrem enge und viel befahrene Durchfahrts Passage. Sie ist mit rund 63 000 Durchfahrten jährlich einer der am stärksten befahrenen Seewege Europas. Neue Herausforderungen an die Sicherheit auf See stellt die politisch hoch umstrittene Ost-

seepipeline. Das deutsch-russische Projekt birgt erhebliche ökologische Risiken. In der Ostsee lagern Hunderttausende Tonnen Munitionsaltlasten aus dem Zweiten Weltkrieg. Noch ist ungeklärt, wie mit den Altlasten umgegangen werden soll. Eine verstärkte Zusammenarbeit aller Ostseeanrainer einschließlich Russlands ist daher unbedingt erforderlich, um nachhaltigen Meeresschutz und Schiffssicherheit zu gewährleisten. Entsprechende Maßnahmen sollten Bestandteil der Verhandlungen über das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen der EU mit Russland werden.

#### Mit dem Baltic Sea Action Plan für eine Modellregion Ostseeraum

Die Helsinki-Kommission (HELCOM) hat mit dem Baltic Sea Action Plan ein Aktionsprogramm für den Ostseeraum vorgelegt. Mitglieder der HELCOM sind die Ostseeanrainer einschließlich Russland. Der Baltic Sea Action Plan bündelt konkrete Maßnahmen zu einem regionalen Ansatz für eine „Modellregion Ostseeraum“. Ziel ist es, die Ostsee in einen „guten ökologischen Zustand“ zu versetzen und ein starkes regionales Meeresschutzregime zu etablieren. Die im Baltic Sea Action Plan verankerten Maßnahmen sind unverbindlich, ihre Einhaltung freiwillig. Um ihn zu einem wirksamen Instrument auszubauen, sollten seine Inhalte weiterentwickelt werden. Dazu müssen verbindliche und überprüfbare Instrumente, Maßnahmen, Ziele sowie Zwischenziele und Zeitpläne verankert werden. Kurzfristiges Ziel sollte die Verbindlichkeit im Rahmen der Meeresstrategie-Richtlinie der EU sein. Mittelfristig sollte auf der Basis des ökosystemaren Ansatzes eine Modellregion Ostseeraum aufgebaut werden. Der Baltic Sea Action Plan eignet sich als einer der zentralen Bausteine einer Europäischen Meerespolitik, die sich nicht auf EU-Gebiet beschränkt, sondern ihre Nachbarregionen einbezieht und regionale Kooperationen fördert. Im Rahmen der HELCOM betrifft dies insbesondere die regionale Kooperation mit der Russischen Föderation, die HELCOM-Vertragsstaat und Ostseeanrainer ist, aber nicht Mitglied der EU. Die Modellregion Ostseeraum sollte Vorbildcharakter für weitere regionale Kooperationen entwickeln. Aktionsprogramme wie der Baltic Sea Action Plan für die Ostsee sollten auch im Schwarzmeerraum, im kaspischen Raum und im Mittelmeerraum angestrebt werden. Zentral ist dabei, die regional unterschiedlichen Belastungen, Bedürfnisse und Ansprüche der Meere und Anrainer zu berücksichtigen.

#### Die Modellregion als Vorbild für regionale Kooperation im Mittelmeerraum

Das Mittelmeer ist eines der am stärksten belasteten Meere weltweit. Öl- und Nitrateinleitungen aus Landwirtschaft, Industrie und privaten Haushalten führen zu Überdüngung, Algenplagen und Artensterben. Die Partnerschaft mit den südlichen Mittelmeeranrainern ist einer der Schwerpunkte der portugiesischen EU-Ratspräsidentschaft. Sie sollte regionale Kooperationen für einen verbesserten Meeresschutz zum Bestandteil der Euro-Mediterranen Partnerschaft und des Barcelona-Prozesses mit den Partnerländern im südlichen Mittelmeerraum machen. Als Partner in der Schwarzmeerregion, wie auch in der Mittelmeerregion, spielt die Türkei eine wichtige strategische Rolle. In den Beitrittsverhandlungen mit der Türkei, wie auch in künftigen Assoziations- und Beitrittsverhandlungen, sollten nachhaltiger Meeresschutz und Maßnahmen für mehr Seesicherheit fester Bestandteil werden.

#### Die Modellregion als Vorbild für regionale Kooperation im Schwarzmeerraum

Seit der EU-Erweiterung um Rumänien und Bulgarien ist die EU Anrainer des Schwarzen Meeres und hat damit ein Interesse an einem guten ökologischen Zustand und einer funktionierenden regionalen Kooperation. Das Schwarze Meer ist erheblichen Belastungen durch giftige Gase am Meeresgrund, aus Pipelines

austretendes Öl, Industrieinträge und eine nichtnachhaltige Fischerei ausgesetzt. Teilweise existieren bereits Abkommen zum Meeresschutz, wie Vereinbarungen über die Reduzierung von Beifängen oder den Schutz bedrohter Kleinwalarten, doch mangelt es häufig an der konsequenten Umsetzung und an Sanktionsmöglichkeiten. Das Schwarze Meer und die Schwarzmeerregion haben als Transitroute für die Energieversorgung erhebliche Bedeutung für die EU. Die engere Verflechtung der Anrainer und die Anbindung an die Europäische Union sind eine zentrale Aufgabe in der Region und für die EU. Sie sollte auf bestehenden Initiativen wie der Schwarzmeer-Wirtschaftskooperation (Black Sea Economic Cooperation, BSEC) aufbauen. Die multilateralen Abkommen der BSEC bieten dafür gute Rechtsgrundlagen. Der große Vorteil der BSEC ist, dass sie alle Anrainerstaaten des Schwarzen Meeres vereint: Bulgarien, Rumänien, Ukraine, Moldova, Russland, Georgien, Armenien und die Türkei. Diese Inklusivität kann die BSEC zu einem bedeutenden regionalen Forum machen, gerade in Fragen der Energiekooperation mit Russland und der EU. Dieses Forum sollte die Europäische Union nutzen, um den maritimen Dialog der Schwarzmeeranrainer untereinander zu fördern und im Schwarzmeerraum konkrete Vereinbarungen nach dem Vorbild des Baltic Sea Action Plans auf den Weg zu bringen. Entsprechende Vereinbarungen sollte die EU auch in ihr Instrument der Nachbarschaftspolitik (ENPI) aufnehmen.

Die Modellregion als Vorbild für regionale Kooperation im Kaspischen Raum

Als Bindeglied zwischen Europa und Asien hat Zentralasien für die EU ein wachsendes strategisches Gewicht, als Wirtschaftsregion mit wachsenden Märkten wie auch zur Energieversorgung. Das Kaspische Meer verbindet die zentralasiatischen Staaten Kasachstan, Turkmenistan und Aserbaidschan, außerdem Russland und den Iran. Mit intensivierten Wirtschaftsbeziehungen der Region in die EU werden auch die Transporte von Waren sowie die Energielieferungen über das Kaspische Meer zunehmen, sei es über Schiffstransporte, sei es über Öl- und Gaspipelines. Es ist zu erwarten, dass das Kaspische Meer in Zukunft in noch höherem Maß als Transitroute genutzt werden wird. Diese Entwicklung erfordert verbindliche Vereinbarungen über Umwelt- und Sicherheitsstandards. Auch im Wassermanagement werden regionale Kooperationen für die Region zentral werden. Eine Folge des Klimawandels ist die sinkende Wassermenge in den wichtigsten Flüssen Zentralasiens und damit drohende Wasserkonflikte um den Zugang zu sauberem Trinkwasser. Eine Aufgabe regionaler Kooperation sollte daher der Aufbau gemeinsamer Wasser-Management-Institutionen und harmonisierter rechtlicher Regelungen sein. Solche Vereinbarungen können nur nachhaltig und effektiv sein, wenn sie regional getroffen werden, d. h. wenn alle Anrainer des Kaspischen Meeres beteiligt sind. Die Bedeutung regionaler Kooperation wird in der Region zunehmend geschätzt, zentral sind die Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft und die Shanghai Cooperation Organization (SCO), in der neben den zentralasiatischen Staaten auch Russland und China vertreten sind. Auf Seiten der EU bietet die Zentralasienstrategie, die von der deutschen Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 entwickelt wurde, Möglichkeiten grenzüberschreitender Kooperationen. Die EU sollte diese Chance nutzen und mit Vorschlägen auf die Anrainer des Kaspischen Meeres zugehen. Wie auch im Fall der Schwarzmeerregion sollte die EU das Angebot einer Energiekooperation machen, die auf die verstärkte naturverträgliche Nutzung erneuerbarer Energien an Küsten sowie Offshore abzielt. Langfristig sollten dabei auch innovative Techniken zur Energiegewinnung aus dem Meer unter Berücksichtigung der Belange des Natur- und Meeresschutzes gefördert werden wie z. B. Wellenkraft, Strömungs- und Gezeitenenergie sowie Osmose und Thermalenergie.

## II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. gemeinsam mit den HELCOM-Partnern die Umsetzung und Weiterentwicklung des Baltic Sea Action Plans voranzutreiben;
2. sich dafür einsetzen, den Baltic Sea Action Plan zu einem rechtlich verbindlichen politischen Instrument auf der Basis des Ökosystemansatzes weiterzuentwickeln und ihn mit überprüfbaren Maßnahmen, Zielen, Zwischenzielen und Zeitplänen zu versehen;
3. sich dafür einzusetzen, dass für die Auswirkungen der Fischerei, der Landwirtschaft und des Schiffsverkehrs sowie für den Umgang mit Munitionsaltlasten, Unterwasserlärm u. a. im Baltic Sea Action Plan konkrete Qualitätsziele und Zwischenziele, Zeitpläne und Maßnahmen entwickelt werden;
4. sich dafür einsetzen, den Baltic Sea Action Plan zum Baustein einer Europäischen Meerespolitik weiterzuentwickeln, ihn als regionales Pilotvorhaben im Rahmen der EU-Meeresstrategie-Richtlinie zu verankern und für die EU-Mitgliedstaaten verbindlich im Sinne der Meeresstrategie-Richtlinie zu machen;
5. sich dafür einzusetzen, dass die Gemeinsame Agrarpolitik und die Gemeinsame Fischereipolitik der EU in der EU-Meerespolitik angemessen berücksichtigt werden, insbesondere in der Meeresstrategie-Richtlinie der EU;
6. sich dafür einzusetzen, dass auf Ebene der EU konkrete und überprüfbare Maßnahmen und Ziele in der Euro-Mediterranen Partnerschaft und im Barcelona-Prozess verankert werden;
7. sich dafür einzusetzen, dass regionale Maßnahmen für mehr Meeresschutz in die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei, wie auch in künftige Assoziations- und Beitrittsverhandlungen, implementiert werden;
8. bei allen Abkommen und Kooperationen das Nicht-EU-Mitglied Russland frühzeitig in Planungen und Durchführungen einzubeziehen;
9. sich dafür einzusetzen, dass konkrete und überprüfbare Maßnahmen und Ziele zum Meeresschutz in die Verhandlungen über das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen der EU mit Russland aufgenommen werden;
10. sich für eine Modellregion Ostseeraum einzusetzen, in der auf der Grundlage der Praxiserfahrungen mit dem Baltic Sea Action Plan Best-Practice-Modelle für weitere regionale Kooperationen entwickelt werden;
11. regionale Abkommen und Kooperationen für die neuen Nachbarregionen der EU in das neue Instrument der EU-Nachbarschaftspolitik (ENPI) einzubeziehen, die Region um das Schwarze Meer auf die Agenda regionaler Pilotprojekte der Nachbarschaftspolitik zu setzen;
12. sich für ein strategisches Konzept für das Schwarze Meer einzusetzen, das die regional unterschiedlichen Verschmutzungsgrade angemessen berücksichtigt, und dabei die von der BSEC (Organisation für die Zusammenarbeit der Schwarzmeerregion) ratifizierten multilateralen Abkommen und praktischen Erfahrungen der Zusammenarbeit zu nutzen;
13. im Rahmen der Zentralasienstrategie der EU die regionale Kooperation mit den Anrainern des Kaspischen Meeres zu stärken;
14. sich für ein strategisches Konzept für das Kaspische Meer einzusetzen, das die regional unterschiedlichen Verschmutzungsgrade angemessen berücksichtigt, und dabei auch die Kooperation mit der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Shanghai Cooperation Organization (SCO) zu suchen;
15. sich unter Berücksichtigung der Belange des Natur- und Meeresschutzes für die stärkere Nutzung erneuerbarer Energien an den Küsten sowie Offshore

einzusetzen; neben der Offshore-Windenergie sollten auch die verschiedenen Formen der Meeresenergien wie z. B. Wellenkraft, Strömungs- und Gezeitenenergie sowie Osmose und Thermalenergie unter Berücksichtigung der Belange des Natur- und Meeresschutzes, sichergestellt durch Umweltverträglichkeitsprüfungen, breit genutzt werden.

Berlin, den 27. November 2007

**Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion**



